Freitag, 23. November 1923. Einzelnummer 15000 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 266.

Bezugspreis*) monatl. M.: bei der Geschäftsstelle 500 000, bei den Ausgabestellen 505 000, durch Zeitungsboten 510 000, durch Post inkl. Geb. 513 000, ins Ausland 700 000 poln. M. in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Die obigen Preise gelten nur als Grundpreise. Der Verlag behält sich das Recht vor, bei zu großer Teuerung eine Nachforderung für den laufenden Monat zu fordern.

Fernspr. 2273, 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 10 000 M. Reklameteil 25 000 M.

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 000 M. „ Reklameteil 25 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Englands Interesse für Polen.

England beginnt sich immer mehr für unser Land zu interessieren. Die Entsendung des Finanzberaters Hilton Young war ein deutliches Zeichen, daß Großbritannien an einer Sanierung der polnischen Währung, mithin an dem Wohlstand und Gedeihen Polens viel gelegen ist. Die Zeiten Lloyd Georges, der Polen mit Mißtrauen, ja Abneigung gegenüberstand, sind vorüber. Die „Times" beschäftigten sich kürzlich in einem umfangreichen Artikel mit der politischen und wirtschaftlichen Lage Polens. Nach dem englischen Blatt würde ein Sieg der kommunistischen Elemente in Deutschland unser Land in eine außerordentlich schwierige Lage versetzen, da in diesem Falle auch die Sowjetregierung bald ihre friedliche Stellung aufgeben würde. Schon kürzlich wurde im „Posener Tageblatt" ausgeführt, daß für Polen der Sieg einer der extremen Richtungen in Deutschland in jedem Falle unangenehme Folgen haben könnte. Roman Dmowski ist derselben Ansicht. Die größte Gefahr droht nach den „Times" von einem Erfolge der Kommunisten.

Die Bolschewisten besitzen in Polen wie auch in anderen Ländern einen starken Verbündeten in Gestalt des gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Chaos. Die polnische Mark fällt beängstigend. Die Folge sind Teuerung, Wirtschaftskrisen, Streiks, Unruhen. So befindet sich, wie die „Times" ausführen, Polen in einer ernsten Situation. Gegen die Entwertung der polnischen Valuta helfen nur ganz drastische Maßnahmen. Der frühere Finanzsekretär des englischen Schatzes, Hilton Young, ist nach Warschau geschickt, um die polnische Regierung in Finanzangelegenheiten zu beraten. „Obgleich Herr Young in Warschau in vollkommen privatem Charakter ist, so wird er sicherlich nicht versäumen, die besten Ratschläge zu erteilen, die die gegenwärtige Situation irgend erlaubt."

Nebenbei weist der „Times"-Artikel noch auf die Entstehung der gegenwärtigen polnischen Regierung hin, wobei er unterstreicht, daß die Regierung Witos, die im Juni noch eine Mehrheit von 55 Stimmen besaß, jetzt nur eine solche von 17 Stimmen aufbrachte. Der Regierung wird das wenig überzeugt klingende Lob ausgestellt, daß sie „im allgemeinen befriedigend" gewesen sei.

Zweifellos liegen hier Anspielungen vor auf die Verstimmung zwischen dem Finanzminister Kucharski und dem englischen Beobachter, die trotz aller Ableugnungen doch recht ernst sein sollen. Wahrscheinlich ist sogar der betreffende Artikel von Herrn Young selbst inspiriert. Zweifellos hat der englische Berater die Zeit seiner Anwesenheit in Warschau eifrig dazu benutzt, um Beobachtungen zu machen. Sämtliche Minister waren angewiesen, ihm bereitwillig Einblicke in die Verwaltung ihrer Ressorts tun zu lassen. So ist der geschulte Finanzmann keinesfalls im Zweifel geblieben über eine der allererheblichsten Ursachen der schlimmen polnischen Finanzlage. Es ist dies die Dienstbarkeit Polens gegenüber Frankreich.

Auch andere Engländer haben Polen bereist. Ein hervorragender englischer Publizist, Austin Harrison, kehrte kürzlich von einem längeren Aufenthalt in unserem Lande zurück. Aus seinen Beobachtungen zieht er in einem Aufsatz der „Daily News" wichtige politische Folgerungen. Er behauptet, daß viele Polen über die Übel, die aus der Abhängigkeit von Paris hervorgehen, sich vollkommen im klaren sind. Man hätte im Sommer in Polen offen von der Notwendigkeit einer Neuorientierung gesprochen.

„Alles, was Polen von Frankreich erhielt, waren Gewehre — viele davon alte japanische, wie ich mich bei den Manövern überzeugte —, Bankrott und die Unmöglichkeit, Kredit zu erhalten, plus die Unvermeidlichkeit eines Militarismus, der keine Balancierung des Budgets erlaubt."

Es ist bekannt, daß die durch den Versailler Vertrag und seine falsche Auslegung durch Poincaré begründete Militärhegemonie Frankreichs auf dem Festlande eine Bedrohung für England bildet. Wenn Deutschland zerschlagen werden würde, würde Frankreich mit seinen Verbündeten, für deren Rüstung es Anleihen gibt, die bis in die Milliarden gehen, den Kontinent beherrschen. Höchstwahrscheinlich wäre die Folge früher oder später eine Erhebung des ausgebeuteten und geknechteten Deutschland. Sowjetrußland, das darunter leidet, daß es in Europa der einzige Staat ist, der den Kommunismus durchgeführt hat, würde sich anschließen, und ein neuer Weltkrieg wäre die Folge. Eine solche Entwicklung wird jedenfalls von den Engländern sehr gefürchtet.

England sagt sich nun mit seinem gesunden politischen Verstand, daß eine solche Entwicklung keine innere Notwendigkeit hat, sondern daß sie nur eine Folge der blindimperialistischen, auf Militärdespotie gerichteten französischen Politik ist. Frankreich übt, wie Harrison schreibt, „europäische Sabotage". Es ist klar, daß dies unheilvolle Spiel zu Ende wäre, wenn es gelänge, Polen dem bestimmenden Einfluß Frankreichs zu entziehen und in ihm Vertrauen zu England zu erwecken. England treibt in Wahrheit eine friedliche Politik, während Frankreich dies nur vorgibt.

Harrison schreibt: „Ein gesundes Polen wäre ein ungleich hoffnungsvolleres Mittel als eine Konferenz mehr, um das europäische Gleichgewicht wieder herzustellen, dessen Verlust wirklich die Ursache seiner Hilflosigkeit ist. Polen frei, friedlich und stabil zu machen, das ist die richtige Gegenmaßregel gegen den Zusammenbruch, der unvermeidlich mit Frankreichs Politik verknüpft ist, und wäre heute ganz leicht. Polen wartet auf ein Wort von uns."

Hierzu bemerkt die Redaktion der „Daily News" von sich aus: „Wir verkennen nicht, daß Harrisons Vorschlag eine Rückkehr zu der alten, verabscheuungswürdigen Doktrin des Gleichgewichts der Macht bedeutet. Aber desperate Krankheiten erfordern oft desperate Heilmittel. Das scheint zum mindesten ein besserer Weg als die französische Diktatur, die bereits einen großen Teil Europas in ein Trümmerfeld verwandelte. Es ist der erste ernste, konstruktive Plan, der vorgebracht wurde, um die seelenlosen Machenschaften des Quai d'Orsay mit seinen eigenen Mitteln zu durchkreuzen." Die „Daily News" heben besonders hervor, daß bei einer wirtschaftlichen Unterstützung Polens durch das Britische Weltreich auch Verträge mit Deutschland und Rußland geschlossen werden können, die das polnische Abhängigkeitsverhältnis von Frankreich unnötig machen.

Die Folgen eines engeren Anschlusses Polens an England wären sehr segensreich. Die übertriebenen und kostspieligen Rüstungen würden überflüssig, eine englische Anleihe wäre sicher, und der finanziellen Sanierung des Landes stände nichts mehr im Wege. Damit wäre auch die Gefahr des Kommunismus, die überhaupt nur durch die Folgen der französischen Gewaltpolitik entsteht, ein für allemal beseitigt.

Um das Gesundheitsministerium. Die Valorisierung der Steuern.

(Dienstagssitzung des Sejm. Warschauer Sonderbericht des „Posener Tageblattes.")

Der Marschall teilte zu Beginn der Sitzung mit, daß der Kultusminister das Gesetz über die Einschränkung der Rechte der katholischen Kirche und die Beschränkung der Juden zurückziehe. Es handelt sich hierbei um einen Gesetzesvorschlag, der die aus der russischen Zeit noch herrührenden Beschränkungen aufhebt. Dieser Gesetzesvorschlag entsprach aber in der Form, in der er vorlag, nicht den Anforderungen, und es soll nun ein besser formuliertes Gesetz eingebracht werden.

Das Gesundheitsministerium will die Regierung bekanntlich aus Sparsamkeitsgründen abschaffen. Hierzu machte Abg. Wrona (Wyzwolenie) einige sehr interessante, bisher wenig bekannte Angaben. Er teilte nämlich mit, daß dieses Ministerium sehr reichlich vom Ausland dotiert war. Es hatte als Subvention vom Völkerbund aus dem Rockefellerfonds und dem Internationalen Roten Kreuz allein 2 500 000 Dollar erhalten, ferner als Darlehen von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und anderen Staaten fast 5 Millionen Dollar. Und außerdem erhält Polen noch jährlich 60 Millionen Dollar als Stipendium für die Ausbildung des Sanitätspersonals. Im Augenblick werden von der Regierung Unterhandlungen mit dem Rockefellerfonds geführt, um 300 000 Dollar zur Gründung eines Hygienischen Instituts und einer Schwesternbildungsanstalt zu erhalten. Polen ist eine wichtige Rolle zugefallen als Schutz gegen die Einschleppung von Epidemien aus dem Osten, was, wie der Redner merkwürdigerweise glaubte, den Tschechen und Deutschen gar nicht recht sei, da diese Länder den Sanitärkordon gern an ihren Grenzen gehabt hätten. Läßt aber Polen das Gesundheitsministerium fallen, so zeigt es sich in dieser Angelegenheit, wo es bisher seine Tüchtigkeit erwiesen habe, rückschrittlich. Das sei eine übel angebrachte Sparsamkeit, dieses Ministerium fallen zu lassen. Man solle lieber, wenn man sparen wolle, die unnützen Versammlungen der Versicherungsräte abschaffen, die aus sechzig reichen Leuten beständen. Diese sechzig versammeln sich zwölfmal im Jahre und erhielten allein für die Oktobersitzung 16 Millionen. Man kann sich also ausrechnen, so sagt der Redner, was diese Sitzungen im Jahre kosten. Dann haben wir neun Minister, die zugleich Abgeordnete sind und daher doppeltes Gehalt beziehen. Auch das sei überflüssig.

Trotz der einleuchtenden Einwände, die der Abg. Wrona vorbrachte, wurde das Gesetz über Abschaffung des Gesundheitsministeriums dennoch in zweiter Lesung angenommen.

Dann berichtete Abg. Rusinek von den Piasten als Referent des Ausschusses über den Gesetzentwurf zur Valorisierung der Steuern. Wie man weiß, bestimmt Art. 2 des Entwurfes, daß der Wert des Złoty nach dem Preise des Reingoldes in London festgesetzt wird und gleichzeitig nach dem Kursstande des englischen Pfundes in Warschau („Scheck auf London"). Art. 7 ermächtigt den Minister, die Valorisierung auch auf einzelne andere Steuern anzuwenden. Das Gesetz soll für die direkten Steuern am 1. Januar und für die indirekten sofort in Kraft treten.

Von den verschiedenen Rednern verdient Moraczewski (Sozialist) Erwähnung. Er erinnerte an die Mitteilungen Kucharskis über die Verhandlungen zur Erlangung einer amerikanischen Anleihe an das von uns bereits erwähnte Dementi des Hauses Morgan, an die gleichfalls hier schon auseinandergesetzten, von Hilton Young geäußerten Ansichten über die Emissionsbank und die Einführung des Goldzłoty, wozu der Minister sich nicht geäußert habe. Die Sozialisten werden für das Gesetz der Valorisierung stimmen. Trotzdem glaubt der Redner, daß die Valorisierung im besten Falle 50 Prozent und in mehreren Jahren möglicherweise 60 Prozent ausmache. Er kommt dann auf eine Menge von Mißständen zu sprechen, auf das Verschieben der fremden Valuten an auswärtige Banken, auf die Rücknahme der Kapitalien aus Bergwerken, um das Geld zu Spekulationszwecken zu benutzen. Die Behandlung der Vorlage wurde auf nächsten Freitag vertagt.

Der Gedanke einer neuen Parteikoalition.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

In der letzten Zeit gewinnt der Gedanke an eine neue Regierung der Koalition an Raum. Wie sich diese Koalition durchführen lassen soll, ist bisher ein Rätsel, wenn man die scharfen Gegensätze bedenkt, die z. B. zwischen der Wyzwolenie und den Piasten herrschen. Es scheint, daß diese Koalition am nachdrücklichsten von den Christlich-Demokraten betrieben wird. Da aber noch immer bei den polnischen Parteien die Richtlinie dahin geht, eine „polnische Mehrheit" unter Ausschluß der Minderheiten zustande zu bringen, so kann man die gegenwärtigen Pläne zur Schaffung dieser polnischen Koalition einstweilen als rein akademisch bezeichnen. So viel aber scheint festzustehen, daß innerhalb der Piastenpartei eine starke Strömung vorhanden ist, die sich bestrebt, die Partei aus ihrer jetzigen für ihre Wählerschaft so zweideutigen Lage zu befreien. — Als künftiger Ministerpräsident wird unter anderen Władysław Grabski genannt, daneben auch General Sikorski und General Sosnkowski.

Eine Niederlage Poincarés.

Die Botschafterkonferenz hat sich über die Kronprinzenfrage und die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in ihrer letzten Sitzung geeinigt. Der englische Standpunkt ist durchgedrungen, der nicht nur auf jede Sanktion, sondern auch auf die Androhung einer solchen verzichtet. Der französische Ministerrat nahm nach Poincarés Berichterstattung diesen Beschluß an. Die Nachgiebigkeit des französischen Ministerpräsidenten wird darauf zurückgeführt, daß der italienische Botschafter im Auftrage Mussolinis sich gegen alle neuen Vergewaltigungen Deutschlands ausgesprochen hat. Ferner nimmt man an, daß Poincaré für den in England unmittelbar bevorstehenden, in Frankreich 1924 fälligen Wahlfeldzug Schlimmes für sich und seine Parteigänger befürchtet, wenn er nicht von seinem eigensinnigen Standpunkt wenigstens in etwas abgeht.

Im Falle des Exkronprinzen kann man den Inhalt der Beschlüsse der Botschafterkonferenz wie folgt umschreiben: Da der frühere Kronprinz schriftlich seine Rechte auf den preußischen, wie auf den Kaiserthron hat fallen lassen, steht die Konferenz auf dem Standpunkt, daß der frühere Kronprinz die Absicht hat, als einfacher Privatmann in Deutschland zu leben. Die Reichsregierung ist für seine friedfertigen Absichten verantwortlich. Die Botschafterkonferenz nimmt weiter Kenntnis davon, daß der Reichskanzler Stresemann mitgeteilt hat, der frühere Kaiser werde, solange er (Stresemann) mit seinem Kabinett am Ruder sei, keine Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland erhalten.

In der Frage der Militärkontrolle haben sich die Botschafter dahin geeinigt, daß in der nächsten Zeit eine Wiederaufnahme der Kontrolle von Deutschland nicht gefordert wird, dagegen wird General Nollet als Vorsitzender der Kommission den Augenblick der Wiederaufnahme der Kontrolle bestimmen. Für inzwischen eintretende Schwierigkeiten, denen die interalliierten Offiziere der Mission begegnen sollten, würde Deutschland verantwortlich sein. Falls die Reichsregierung die Militärkontrolle überhaupt ablehnt, würde der böse Wille des Reiches festzustellen sein.

Erwähnt sei übrigens, daß der belgische Ministerrat die von den Botschaftern ausgearbeiteten Entwürfe belligte, jedoch dem Bedauern Ausdruck gab, daß es nicht möglich sei, ohne einen Bruch der Entente zu vermeiden, von Deutschland die Auslieferung oder die Verbannung des Exkronprinzen zu verlangen.

In Paris steht man auf dem Standpunkt, daß die Annahme der beiden Kompromißformeln durch die französische Regierung tatsächlich einen Triumph des englischen Standpunktes bedeutet.

Poincaré macht seinem Aerger Luft.

Verärgert über den energischer werdenden Widerstand Englands gegen seine Gewaltpolitik, beginnt Poincaré wieder, wie von einem Dämon getrieben, in Frankreich umherzureisen und die Zeitungen mit seinen Reden zu überschwemmen. Am Sonntag hielt er in Neuilly bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals eine Ansprache, die verschiedene plumpe Beschimpfungen Deutschlands enthielt. Deutschland nehme im geheimen seine Rüstungen wieder auf und bilde militärische Formationen, die durch den Versailler Vertrag untersagt seien. Es habe den Kronprinzen zurückkommen lassen, obwohl er an der Spitze der Kriegsschuldigenliste stehe und **„seine traurigen Taten"** den Bewohnern Frankreichs bekannt seien. Diese **kühnen Herausforderungen** seien eine **unverschämte Verletzung des Friedensvertrages** und **unerhörte Attentate gegen den Frieden.** Die Antwort Englands auf diese boshaften Schimpfereien war die kategorische Erklärung, daß es gegen alle weiteren Sanktionen sei.

Der Fall des Franken.

Der französische Franken fällt infolge der Gewaltpolitik Poincarés unaufhaltsam.

Am 15. Oktober zahlte man in London für ein Pfund Sterling 73,65 französische Franken, am 2. November 77,20 Franken, am 21. November bereits 80,55 Franken.

Republik Polen.

Eine Aussprache über Ausschreitungen gegen Juden.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

In einer Sitzung des Verwaltungsausschusses des Sejm wurden die Ausschreitungen gegen Juden behandelt, die im April dieses Jahres sich in Warschau ereigneten. Der Berichterstatter Schipper vom jüdischen Klub stellte fest, daß nicht, wie offiziell damals angegeben wurde, 35, sondern 120 Juden teils weniger teils mehr verwundet wurden und daß selbst sogenannte Intellektuelle an den Ausschreitungen teilgenommen hatten. Er fordert in seiner Entschließung, daß mit den faszistisch-antisemitischen Treibereien aufgeräumt werde, denn die Ergebnisse dieser Treibereien, wie die Exzesse, schaden Polen moralisch und finanziell im Ausland und untergraben die Gerechtigkeit im Staate. Der Vorsitzende Thugutt (Wyzwolenie) gab dem Referenten recht, Rozłowski (Nationaldemokrat) meinte dagegen, die Juden brächten die Sache nur im jetzigen Augenblick vor, um Polen zu schaden. Bemerkenswert war, daß der Priester und Nationaldemokrat Wyrembowski den vernünftigen Standpunkt teilte, daß solche Roheiten den Ruf Polens im Auslande untergraben. Fast amüsant aber war die Stellungnahme des Piasten Erdmann. Er sagte, auch er hätte den Juden recht gegeben, wenn sie nur nicht die Sache in den Sejm bringen wollten, um somit dem Rufe Polens Abbruch zu tun! (Also nicht die Flegel und Rowdies, die die Juden verprügelt haben, sind es, die Polen geschadet haben, sondern die Juden, die sich über dieses Vorgehen beklagen wollen! Es erinnert dies an die Geschichte von dem Juden, der die Scheibe bezahlen mußte, die ein Gassenjunge einwarf, als er nach dem Kopfe des Juden einen Stein warf, und dieser Stein die Scheibe traf. Denn, so lautete der „Urteilsspruch", hätte der Jude den Kopf nicht weggetan, so wäre die Scheibe ganz geblieben.")

Die Erdmannsche Ansicht, daß die Sache nicht im Sejm behandelt werden solle, weil sie dort dem Rufe Polens schade, wurde von der Rechten, den Piasten und der Wyzwolenie als Entschließung angenommen.

Die Auslieferung von Abgeordneten.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Mit einer gewissen Spannung sah man den Entscheidungen des Geschäftsordnungsausschusses des Sejm entgegen. Es handelte sich darum, ob die bei den Krakauer Unruhen beteiligten sozialistischen Abgeordneten, vor allen Dingen Marek, dessen Rede einen so starken Eindruck im Sejm hinterlassen hatte, der Forderung des Krakauer Gerichtes entsprechend vom Sejm zur Aburteilung ausgeliefert werden sollten. Es war klar, daß die gesamte Linke sich dieser Auslieferung widersetzen werde. Aber es mußte von der Haltung der Piasten abhängen, wie die Mehrheit des Ausschusses sich verhalten werde. Außer um Marek ging es noch um die Herren Bobrowski und Stanczyk. Der Sozialist Liebermann kam als Referent, wie zu erwarten war, zu dem Schluß, daß die Auslieferung nicht erfolgen könne. Der Priester Lutosławski (Nationaldemokrat) hatte einen anderen Standpunkt. Er mußte zwar zugeben, daß die ganze Angelegenheit des Aufruhrs in Krakau noch nicht klar genug liege, um sich ein Urteil zu bilden, und daß die Gerichte erst nähere Aufschlüsse feststellen müßten, aber er verlangt dennoch prinzipiell die Auslieferung. Die Piasten beantragten, daß die Behandlung der Auslieferungsfrage so lange vertagt werde, bis das nötige Material zur genaueren Beurteilung der Angelegenheit vorliege. Und so wurde auch von der Mehrheit beschlossen.

Die Sparmaßnahmen der Eisenbahn.

Minister Nosowicz hat an alle Eisenbahnpräsidenten ein Rundschreiben gesandt, in dem er weitgehendste Sparsamkeit in der Eisenbahnwirtschaft ans Herz legt.

Uebergang einer polnischen Grube in amerikanische Hände?

Die „Gazeta Lwowska" meldet, daß zwischen den Besitzern der Grube „Silva Plana" in Borysław und einem amerikanischen Konsortium Verkaufsverhandlungen stattfänden. Das Blatt betont dabei, daß der Kaufpreis, der in Dollar ausgedrückt ist, in Polenmark umgerechnet, sämtliche Schulden des polnischen Staates decken könne (?).

Goldzoll auf ausländische Luxuswaren?

Der Finanzminister hat am Dienstag eine Verfügung unterzeichnet, durch die auf Luxuswaren aus dem Auslande Goldzölle gelegt werden. Die betreffende Warenliste umfaßt 47 Positionen, darunter Champagner, Liköre, Früchte, Batiste, Spitzen, Hüte.

Die Rechte der Schulvorstände.

Verschiedene Vorgänge auf dem Gebiete des Schulwesens lassen es angebracht erscheinen, einmal in der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung und die Rechte der Schulvorstände zu sprechen.

Ganz allgemein ist zunächst festzustellen, daß diese Verhältnisse noch genau und nach denselben Bestimmungen geregelt sind, wie zu preußischer Zeit. Die im Notgesetz vom 4. Juni 1923 vorgesehene Bildung von Ortsschulräten ist nur dem Namen nach erfolgt. Die Kuratorien haben bestimmt, daß die bisherige Institution der Schulvorstände bestehen bleiben und den Namen Rada Szkolna annehmen sollten. In der Sache ist also nichts geändert. Die Wahlen, die Zusammensetzung, die Kompetenz der Schulvorstände (Rada Szkolna) regeln sich also noch nach den alten preußischen Bestimmungen, und in der Praxis wird auch tatsächlich so verfahren. Allerdings kommen in der Praxis gewisse Irrtümer oder vielleicht auch absichtliche Abweichungen vor, zu deren Abstellung die folgenden Ausführungen beitragen sollen.

Zunächst die Frage: Wie setzt sich der Schulvorstand zusammen?

In den Instruktionen für Schulvorstände (für Bromberger Bezirk vom 14. November 1872), die sich auf die Schulordnung für die Elementarschulen der Ostprovinzen Preußens vom 18. Dezember 1845 stützen, ist gesagt, daß sich „der Schulvorstand aus ständigen und wechselnden Mitgliedern (Schulvorstehern) zusammensetzt. Ständige Mitglieder sind: 1. der Schulpatron, wo ein solcher vorhanden ist; 2. der Lokalschulinspektor; 3. der Bürgermeister in den Städten und auf dem Lande der Schulze des Ortes, in welchem sich die Schule befindet. — Ihnen werden als wechselnde Mitglieder, je nach der Ausdehnung des Schulzirkelns zwei bis vier der einsichtsvollsten, für das Wohl der Schule sich vorzüglich interessierenden Mitglieder der Schulgemeinde beigeordnet."

Um das Jahr 1900 setzte sich der Grundsatz durch, die Teilnahme der Volksschullehrerschaft an der Schulverwaltung durch deren Mitgliedschaft in den Schulvorständen zu sichern. Deshalb wurde 1902 allenthalben eine Ergänzung der genannten Instruktion vorgenommen, die folgendermaßen lautet: 4. a) Bei einklassigen Schulen der endgültig angestellte Lehrer; b) bei Rektoratsschulen und Schulen mit einem Hauptlehrer der angestellte Rektor bzw. Hauptlehrer; c) bei mehrklassigen Schulen ohne einen Rektor oder Hauptlehrer, aber mit mehreren endgültig angestellten Lehrern einer der letzteren nach Bestimmung der Regierung; d) bei mehrklassigen Schulen mit nur einem endgültig angestellten Lehrer dieser letztere."

Am 27. November 1918 wurde die geistliche Ortsschulinspektion durch Erlaß des Revolutionskultusministers Adolph Hoffmann — den „Zehngebote-Hoffmann" — aufgehoben. Die Befugnisse gingen auf die Kreisschulinspektoren über. Der diesbezügliche Absatz 2 der Verfügung lautet: „Die bisherigen Inhaber bleiben so lange im Amte, bis ihre Befugnisse durch die Kreisschulinspektoren übernommen sein werden." Die polnische Schulbehörde sagt in dieser Hinsicht in einer Verfügung vom 19. April 1919 (Posener Regierung Nr. 836/19 II. Gen.): „Aus Veranlassung der Verfügung betreffend die Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht sind mehrfach Anfragen wegen der Behandlung der dienstlichen Postsendungen der Hauptlehrer usw. gestellt worden. Zur Beseitigung der Zweifel wird bemerkt: **Die Ortsschulinspektion als solche ist nicht aufgehoben; ihre Funktionen werden allerdings jetzt in weiterem Umfange von den Kreisschulinspektoren wahrgenommen."** Aus dieser Auffassung (über die man geteilter Meinung sein kann) ergibt sich für die polnische Schulbehörde in der Praxis die Folgerung, daß die Kreisschulinspektoren jetzt überall statt der Ortsschulinspektoren stimmberechtigte und vorsitzende Mitglieder der Schulvorstände sind. Die wechselnden Mitglieder, 244 an Zahl, werden von der Gemeindeversammlung der Schulgemeinde gewählt. Bei einer Konfessionsschule haben die wechselnden Mitglieder derselben Konfession zu sein, wie es durch mehrere Verfügungen bestimmt ist. Ganz ungerechtfertigt ist das vielfach gestellte Verlangen, die wechselnden Mitglieder der Schulvorstände müßten zur Hälfte aus Polen und zur Hälfte aus Deutschen bestehen. Dieses Verlangen ist vielfach dort gestellt worden, wo die deutsche Schulgemeinde nur leihweise eine Klasse für die polnischen Kinder überlassen hat. Bei Simultanschulen (deren Neueinrichtung nach der Verfügung des Posener Teilministeriums vom 10. 3. 1920 ausgeschlossen sein soll) soll die Zahl der wechselnden Schulvorstandsmitglieder etwa im Verhältnis der zahlenmäßigen Stärke der beiden Konfessionen stehen. (Siehe § 3 der Instruktion der Bromberger Regierung vom 14. November 1872!)

Wo die Schulverbände aus den gleichkonfessionellen Eltern mehrerer politischer Gemeinden bestehen, soll möglichst aus jeder politischen Gemeinde ein Schulvorstandsmitglied gewählt werden (§ 4 der Instruktion vom 14. November 1872). Es muß aber nicht unbedingt aus jeder Gemeinde ein Mitglied gewählt werden (Verfügung der Bromberger Regierung Nr. 3/12. 1875). Alle Mitglieder des Schulvorstandes einer Simultanschule müssen durch alle Hausväter ohne Rücksicht auf die Konfession gewählt werden, also nicht so, wie es vielfach vorkommt, daß die Polen die polnischen Kandidaten wählen und die Deutschen die deutschen Kandidaten. Es ist also sehr gut denkbar, daß bei einer formal ordnungsmäßigen Wahl eine Konfession keinen Kandidaten durchbekommt. **Die vorhin angeführte mehr wünschhafte Verfügung, daß die Konfessionen möglichst nach ihrer nominellen Stärke im Schulvorstande vertreten sein sollen, kann im Einzelfalle einen negativen Ausfall der Wahlen für eine der beteiligten Konfessionen nicht verhindern.** Die Wahlen haben natürlich — und das muß wohl im Hinblick auf vielfache Außerachtlassung dieser elementarsten Selbstverständlichkeit noch besonders betont werden — nach dem sonst im Lande üblichen parlamentarischen Wahlrecht, also durch geheime Zettelwahl, zu erfolgen. Wahl durch Zuruf kann nur durch vorherige einstimmige Einverständniserklärung aller beteiligten Wähler erfolgen.

Eine Sache für sich ist, wenn das Resultat, das aus ordnungsgemäßen und unbeeinflußten Wahlen hervorgegangen ist, der Schulbehörde nicht genehm ist. Hier können dann die preußischen Verfügungen angewandt werden, wonach eine zweimalige Wiederholungswahl angeordnet und schließlich Nichtbestätigung des Wahlresultats sowie behördliche Ernennungen erfolgen können. Taktisch bedeuten diese alten Verfügungen in ihrer letzten Konsequenz aber eigentlich nichts anderes als eine vollständige Inhibierung des Gemeindeselbstverwaltungsrechts und eine wirklich demokratische Behörde dürfte solche alten Verfügungen nicht mehr berücksichtigen.

Die wichtigste Sache ist die Frage der Zuständigkeit des Schulvorstandes. **Der Schulvorstand verwaltet das Vermögen der Schulgemeinde und vertritt diese nach außen in vermögensrechtlicher Beziehung in streitigen und nichtstreitigen Sachen.** In einer ganzen Anzahl von Fällen kann aber der Schulvorstand nicht selbständig entscheiden, sondern muß zu seinen Beschlüssen die Zustimmung der Gemeinde haben. Diese nach dem Gesetz vorgeschriebenen Fälle sind insbesondere die, die beispielsweise in der Verfügung der Bromberger Regierung vom 5. 5. 1903 genannt sind: 1. zu dem Erwerb, der Veräußerung und dinglichen Belastung von Grundeigentum, sowie zur Aufgabe oder Verminderung darauf bezüglicher Rechte; 2. zu außerordentlichen Nutzungen des Vermögens, welche die Substanz selbst angreifen; 3. zur Aufnahme von Darlehen; 4. zur Annahme von Schenkungen; 5. zu Neubauten, Umbauten und Instandsetzungen von Gebäuden, sowie Beschaffung und Herstellung von Inventarienstücken mit einem voraussichtlichen Kostenaufwande von mehr als 300 Mk.; 6. zur Auferlegung außerordentlicher Umlagen; 7. zur Anstrengung von Prozessen und Einlassung auf erhobene Klagen in bürgerlichen und Verwaltungsstreitsachen, sofern der Streitgegenstand nach den vorstehenden Nummern an sich die Zustimmung der Gemeinde erheischt; zur Abschließung von Vergleichen und Entsagung von Rechten.

In diesen Fällen hat die Gemeinde ihre Zustimmung durch die auf drei bis sechs Jahre gewählten Repräsentanten zu geben. Wo keine Repräsentanten vorhanden sind, hat die Zustimmung durch die Versammlung der Mitglieder der Schulgemeinde zu erfolgen.

Außerdem gibt es noch Fälle, in denen die eben bezeichnete Zustimmung der Gemeinde nicht ausreicht, sondern nach §§ 64 und 67 II, 6 des preußischen Allgem. Landrechts die Einwilligung aller Mitglieder der Schulkorporation erforderlich ist. Hierbei ist zu beachten, daß Einwilligung aller Gemeindemitglieder etwas anderes ist, als einstimmiger Beschluß einer Gemeindeversammlung. Diese Einwilligung aller Korporationsmitglieder ist erforderlich zu neuen oder erhöhten Beiträgen, die über den Schulzweck hinausgehen, sowie zu Anlagen oder Einrichtungen, die über den Schulzweck hinausgehen.

Uns interessieren für die Praxis alle die Fälle, die unter Nr. 1 genannt sind. Eine Veräußerung von Grundeigentum und eine Verminderung der darauf bezüglichen Rechte liegt zweifellos in all den Fällen vor, wo das Schulhaus und Grundstück dem Staate oder einer anderen Schulgemeinde überlassen werden soll. In solchen Fällen genügt also nicht die Zustimmung des Schulvorstandes, die wohl oft aus Unverstand gegeben und nicht unbeeinflußt herbeigeführt wird, sondern es ist das Einverständnis der Gemeinde durch die Repräsentanten oder besondere Versammlung erforderlich.

Wenn aber beispielsweise ein der evangelischen Schulgemeinde gehöriges Schulhaus dem polnischen Pfarrer verpachtet ist, und es wird nun von den Evangelischen die Vornahme von Reparaturen verlangt, so ist das etwas, was über den Schulzweck hinausgeht und der Einzelzustimmung jedes evangelischen Hausvaters bedarf. Nach § 64 II, 6 des preußischen Allgem. Landrechts sind ja neue Beiträge, die weder im Grundvertrag der Korporationen noch in den allgemeinen Landesgesetzen begründet sind, der Einwilligung aller Mitglieder der Korporationen unterworfen. Durch das Verlangen, das Schulhaus durch Reparaturen oder Änderungen in ein Pfarrerwohnhaus zu verwandeln, wird der Gemeinde eine Mehrbelastung auferlegt, die eben weder im Grundvertrage der Schulgemeinde noch in den allgemeinen Gesetzen begründet ist.

Die verhexte Stadt.

Eine heitere Spitzbubengeschichte von Karl Ettlinger.

(Nachdruck verboten.)

Vor sechzig Jahren noch war Breckendorf ein idyllisches Nest, das nur wenige Harzwanderer aufsuchten. Heute widmen dem Kurort Breckendorf die Reisehandbücher vier ganze Seiten. Häuser, die man ehedem pietätlos alte Baracken nannte, werden heute ob ihres Baustils von den Kurgästen ehrfürchtig bewundert, und vor dem Rathaus wird den Schaulustigen von den Fremdenführern mehr Gescheites vorgeschwätzt, als je in dem Rathaus geredet wurde.

Der jetzige Bürgermeister empfängt seine Schutzbefohlenen nicht mehr in Hemdärmeln, er redet seinen Schreiber nicht mehr mit „Du" an und unterbricht nicht mehr die Gemeindesitzung, wenn seine Kuh kalbt, — nein, heute ist der Herr Bürgermeister ein wohlfrisierter, juristisch gebildeter Herr, der zu seinen Amtsstunden in schwarzem Anzug erscheint, eine stattliche Anzahl Orden besitzt und, je nachdem es die Rathausmehrheit verlangt, konservative, liberale, streng kirchliche und freidenkerische Reden halten kann.

Ja, Breckendorf ist Großstadt geworden. Seine herrliche Lage in einem der schönsten waldigen Harztäler ward ihm zum Verhängnis. Zuerst siedelten sich in Breckendorf nur vereinzelt pensionierte alte Herren an, harmlose Rentenfresser, die die Ruhe liebten, und die hier vor übermäßigen Ausgaben sicher waren.

Die Ureinwohner betrachteten diese Ankömmlinge mit Gleichgültigkeit, waren wohl erstaunt, daß diese Fremdlinge sich Häuser ohne Kuh- und Schweineställe bauten, kümmerten sich aber mit der Duldsamkeit der Landbewohner, die jeden nach seiner Fasson närrisch werden lassen, nicht weiter um sie. Der Bürgermeister sorgte dafür, daß die Zuzöglinge pünktlich Steuerzettel bekamen, und beschränkte sich im übrigen darauf, die Bauern zu belehren, daß es ihre vaterländische Pflicht sei, den fremden Herrschaften die Grundstücke nicht zu billig zu verkaufen. Aber in dieser Hinsicht waren die Breckendorfer schon von selbst gute Patrioten gewesen.

Es entstand am Hügel östlich des Dorfes eine kleine Villenkolonie mit schönen Gärten, mit behaglichen Häuschen, auf deren Balkonen und Veranden bei gutem Wetter beschlafrockte Herren und vereinzelt auch halbfrisierte Frauen ihren zur Ruhe gesetzten Geist mit Kaffeetrinken und ungefährlicher Lektüre einbalsamierten. Ein angenehmer Hauch von Pensionsberechtigung lag über diesem Villenviertel. Namen wie „Villa Sonnenstrahl", „Mein Ruheplätzchen", „Landhaus Aurora" zeugten von der Friedfertigkeit der Bewohner.

An einem der Gartengitter prangte allerdings ein Schild „Vor dem Hunde wird gewarnt", aber das hatte der Besitzer nur aus Pietät angebracht — der Hund war schon lange vor der Übersiedlung seines Herrn nach Breckendorf gestorben.

So war Breckendorf eine liebliche Novelle in dem großen Buch der Natur, bis es ihr leider erging, wie so mancher anderen unschuldigen Novelle: sie wurde plötzlich Mode. Irgendein spekulativ veranlagter Mensch brachte heraus, daß die Luft von Breckendorf bedeutend mehr Stickstoff enthalte als die Luft des übrigen Kontinents, daß Stickstoff das beste Heilmittel gegen alle Krankheiten sei, von der Cholera bis hinab zum Hühnerauge, und er beeilte sich, diese Entdeckung in Tausenden von Broschüren und Zeitungsartikeln der Menschheit mitzuteilen.

Daß dieser Menschenfreund kurz zuvor fast den ganzen Grund um Breckendorf aufgekauft hatte, war ein neckischer Zufall.

Die Bauernhöfe machten dreistöckigen Häusern Platz, Hotels schossen aus dem Boden, die Kirchstraße wurde in „Hauptallee" umgetauft, und wo früher die Kühe und Ochsen gelustwandelt hatten, promenierten alsbald elegante Herren und Damen. Statt der Kuhschwänze wedelten seidene Schleppen, statt der Hörner trug die neue Straßenbevölkerung Sonnenschirme und statt „Muh" sagte sie: „Herrliches Wetter heute, nicht wahr? Oh, dieser Stickstoff!"

Die Eisenbahn, die bisher einen großen Bogen um Breckendorf gemacht hatte, gab ihre vornehme Zurückhaltung auf, legte ein großes Ei in Gestalt eines Bahnhofes und gackerte täglich dreimal herbei, um nachzusehen, ob das Ei noch da sei.

Und jedesmal legte sie dabei einige Dutzend Kurgäste.

Ein Park wurde angelegt, Rosenanlagen geschaffen, damit man ihr Betreten verbieten konnte, ein paar Schwäne durften sich auf dem Teich philosophischen Studien ergeben, ein Kurhaus und ein Kurtheater wurden erbaut, eine Krieger-Eiche wurde gepflanzt. Goethe, Schiller und der Lokalpoet Aloys Katzenberger bekamen ihr Pflichtdenkmal, auf die benachbarte Augustenhöhe wurde eine Drahtseilbahn geheftet, an deren Endstation man zu allen Tageszeiten kuhwarme Milch, Ansichtspostkarten und andere Fremdennahrung haben konnte, — kurz, Breckendorf machte sich.

Geschäftsleute siedelten sich an, eine Andenkenindustrie erblühte, Modegeschäfte taten sich auf, ein schlauer Konditor erfand die allein-echten Breckendorfer Zuckerplätzchen, ein Gelehrter schrieb die Geschichte der Stadt, angefangen bei Kunibert dem Einäugigen, der dort die erste Sau gehütet hatte, bis auf die Jetztzeit, die Verlobung einer jungen Milliardärin machte Breckendorf auch in Offizierskreisen berühmt, Frau Albertine Friederichsen, geborene Müller, errichtete ein Pensionat für die höheren Töchter besserer Kreise, in dem man den guten Ton und das schlechte Klavierspiel in allen Lebenslagen lernen konnte, eine Oberrealschule wurde hingelegt, und als gar eine Miß, die ihren letzten Atemzug im Breckendorfer Stickstoff ausgehaucht hatte, testamentarisch den Bau eines englischen Kirchleins gestiftet hatte, war das Schicksal des ehemals so idyllischen Ortes besiegelt. Breckendorf wurde Sitz der Provinzialbehörden und damit endgültig Großstadt.

Nur auf dem östlichen Hügel blühte noch ein schwacher Abglanz früherer Behaglichkeit, dort, wo die kleinen Villen standen und wo noch immer vor dem Hunde gewarnt wurde.

Auf der Kurpromenade vor dem Musikpavillon schwirrten alle Sprachen des Erdballes durcheinander, Toiletten und Brillanten wurden spazierengeführt. In der Hochsaison stiegen die Hotelpreise ins Ungemessene, und die Soubrette des Kurtheaters sparte in einer einzigen Spielzeit vierzigtausend Friedensmark, obwohl ihr neues Gebiß allein achthundert Mark gekostet hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Und eben deswegen ist Einwilligung jedes Einzelmitgliedes erforderlich, und jeder Einzelne braucht sich durch einen etwaigen Beschluß des Schulvorstandes oder der Gemeindeversammlung nicht gebunden zu fühlen.

Verpflichtend und Dritten gegenüber bindend ist ein Schulvorstandsbeschluß nach den preußischen Verfügungen dann, wenn die Unterschrift des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters und zweier anderer Mitglieder des Schulvorstandes sowie das Dienstsiegel darunter stehen. Ein besonderer Nachweis Dritten gegenüber, daß die einzelnen Erfordernisse des Beschlusses erfüllt sind, ist nach diesen Unterschriften nicht mehr nötig. Ein solches Erfordernis ist in den vorhin bezeichneten Fällen auch die Zustimmung der Schulgemeinde bzw. der Repräsentanten. Die Schulvorstandsmitglieder haben darum die Pflicht, sich der Zustimmung der Schulgemeinde zu vergewissern, ehe sie die Unterschriften unter einen Beschluß oder ein Protokoll geben. Und den Schulgemeinden erwächst daraus ein Recht, pflichtvergessene Schulvorstände, die ihre Unterschriften in den genannten Fällen ohne vorheriges Einverständnis der Schulgemeindemitglieder oder Repräsentanten geben, schadenersatzpflichtig zu machen. Außerdem wird im Rechtswege festgestellt werden können, ob ein durch Dienstsiegel und Unterschriften vollzogener Beschluß des Schulvorstandes, für den Fall, daß tatsächlich die erforderliche Zustimmung der Repräsentanten oder der Schulgemeinde nicht erfolgt ist, im Prozeß durch den Nachweis der nichterfolgten Zustimmung angefochten werden kann. Besondere Achtsamkeit ist darauf zu richten, daß die Schulvorstände vollständig sind. Bei Abwanderung oder sonstigem Ausscheiden eines Mitgliedes hat natürlich eine Ersatzwahl stattzufinden. Schulvorstände, deren gesetzmäßige Amtszeit abgelaufen ist, müssen durch Neuwahl geordnet werden. Vielfach sind diese beiden Momente in der Praxis vollständig außer acht gelassen. Eine recht erhebliche Anzahl von Schulvorständen sind nur noch als Rumpfparlamente anzusprechen. Es ist klar, daß gewisse Menschen ein Interesse daran haben, die Position der deutschen wechselnden Mitglieder der Schulvorstände dadurch in einem geschwächten Zustand zu erhalten, daß sie die Ersatzwahlen für abgewanderte und sonstwie ausgeschiedene deutsche Mitglieder nicht herbeiführen. Die auf diese Weise benachteiligten deutschen Schulvorstände werden also wohl versuchen müssen, auf irgend eine Weise die notwendigen Ersatzwahlen herbeiführen zu lassen und die zur Herbeiführung einer Versammlung erforderlichen Schritte baldigst zu tun. Es ist wohl zu erwarten, daß die höherinstanzlichen Stellen der Schulbehörde sich der Einsicht nicht werden verschließen können, daß eine Umgehung dieser Frage nicht angängig ist, selbst wenn untere Instanzen anderer Meinung sein sollten.

Es ist notwendig und darf erwartet werden, daß die Schulvorstände und Schulgemeinden sich eingehend über diese Verhältnisse informieren und daß vor allem die Schulvorstandsmitglieder nicht Wünschen und Beeinflussungen nachgeben, die außerhalb der Interessen der deutschen Schulgemeinde liegen. Klare Einsicht und klarer Wille ist auf keinem Gebiet so not, wie auf dem der Schulselbstverwaltung hier die größten Gefahren drohen.

Paul Dobbermann.

Eine nicht gehaltene Rede des Reichskanzlers.

Kommunistenskandal im Reichstag. — Vertagung auf Donnerstag.

Zu Beginn der großen politischen Aussprache am Dienstag verlangte der Kommunist Koenen, daß man nicht in eine allgemeine Rederei eintreten solle, sondern daß der Reichskanzler zuerst das Wort nehmen solle, weil er verantwortlich sei für die Not und das Elend, die im Lande herrschen. Auch Abg. Wels (Soz.) bedauert, daß die Erörterungen nicht mit einer Regierungserklärung eröffnet werden. Diese Taktik werde der Regierung als Schwäche ausgelegt werden.

Die Feinde der Republik haben nur einen Schutzengel: Poincaré. Die Reparationsversuche sind an einem Gegner gescheitert: Poincaré. Die Arbeiter haben eine gewaltige Arbeit zu erledigen, um die Berge des Hasses abzutragen, die Poincaré zwischen beiden Ländern aufgerichtet hat. Darum sprechen wir der englischen Bruderpartei unsern wärmsten Dank aus für ihr Streben nach internationaler Gerechtigkeit und Solidarität. (Stürmisches Gelächter rechts.)

(Die englische Arbeiterpartei hat für Deutschland bisher nur schöne Worte gehabt, aber auch niemals nur einen Versuch zur Tat gemacht.)

Die parlamentarische Mehrheitsbildung ist gescheitert an der krassen Hervorkehrung der Klassengegensätze von seiten der Rechten. Den Vertrag von Versailles aufkündigen zu wollen, bedeutet das tun, was der Gegner will. Ein solches aussichtsloses Beginnen wäre lediglich ein Zeichen der Schwäche.

(Die Praxis der Sozialdemokratie, nichts zu tun und sich auf leere Worte zu beschränken, ist ein Zeichen von noch viel größerer Schwäche.)

Die Schwäche der Reichsregierung gegen Bayern und Herrn von Kahr war nicht notwendig und ist nicht notwendig, sondern sie ist gewollt. Kahr wird auf den Marsch nach Berlin verzichten können, weil hier ohne seine Anwesenheit alles nach Wunsch geht. Weiter wendet sich der Redner gegen den militärischen Ausnahmezustand, gegen das Vorgehen der Reichswehr in Sachsen und Thüringen und gegen das Auftreten des Vorstandes und der Verwaltung der Rentenbank, die dem Reichskanzler anmaßenderweise eine Reihe der reaktionärsten politischen Forderungen unterbreitet hätten.

Als nächster Redner spricht der Deutschnationale Hergt. Auch er bedauert, daß der Reichskanzler nicht zuerst das Wort ergriffen und die Vertrauensfrage gestellt habe. Stresemann ist der Erfinder, ja der Fanatiker der großen Koalition. Nun ist das Kartenhaus gefallen, jetzt muß auch er fallen. Das Kabinett bleibt weiter marxistisch eingestellt. Was marxistisch ist? Die Einstellung: „Nur nicht wieder Krieg! Verhandeln, verhandeln!" Die Deutschnationalen sind weit davon entfernt, die Arbeiterschaft zu bedrücken. Wir treten für die Arbeiterschaft ein, wenn wir die Anschauung vertreten, daß in Deutschland unendlich mehr gearbeitet werden muß. Wir wünschen, daß die Leidenschaft in jeder Beziehung aus dem deutschen Volke herauskomme. Duldsamkeit muß im deutschen Volke herrschen. Wir wollen durchaus nicht, daß das Parlament dauernd nach Hause geschickt wird, und daß es ohne Parteien gehen soll. Aber die Politik soll nicht in dieser Parteiatmosphäre bleiben. Wir müssen die Kraftquelle des deutschen Volkes wirksam machen. Die Hauptkraftquelle des deutschen Volkes ist die Jugend. Eine andere die Landwirtschaft, die gern verständnisvoll mit dem Kabinett zusammenarbeiten will. Ferner die nationalen Verbände, bei denen der Idealismus zu Hause ist, den man im Parlament oft vergebens sucht. Bayern habe die Reichstreue über alles gestellt. Bei der heutigen Entscheidung müsse man von allen Personen- und Parteirücksichten absehen und nur das Wohl Deutschlands im Auge haben.

Kommunistische Lärmszenen.

Schon während des letzten Teiles der Rede Hergts hatten die Kommunisten unaufhörlich zu stören versucht. Nach Schluß der Rede erhebt sich auf der linken Seite ein jäher Tumult. Die Kommunisten versuchen, eine Erklärung abzugeben, die aber bei der heftigen Unruhe im Hause nicht verständlich ist. Der Präsident hat bereits dem Reichskanzler das Wort erteilt. Diesem ist es aber nicht möglich, seine Rede zu beginnen. Am meisten lärmt der Abg. Remmele, der sich darüber beschwert, daß Polizei im Hause sei und dreimal schreit: Sind wir hier im Parlament oder im Zuchthaus? Eine Aufforderung an den Abgeordneten, den Saal zu verlassen, bleibt wirkungslos. Der Präsident hebt die Sitzung zunächst für eine Stunde auf. Abg. Remmele bleibt die ganze Zeit auf seinem Platz sitzen. Auch nach der Wiedereröffnung der Sitzung kann Stresemann nicht zu Worte kommen, weil die Kommunisten unter Remmele und Koenen einen betäubenden Lärm vollführen und trotz der Anordnung des Präsidenten den Sitzungssaal nicht verlassen. Statt nun Gewalt anwenden zu lassen, vertagte der Präsident zur allgemeinen Überraschung des Hauses die Sitzung und beraumte die nächste Sitzung auf Donnerstag mittag 1 Uhr an.

Was wird am Donnerstag geschehen?

Kein Mensch weiß, ob sich das Kabinett Stresemann behaupten wird oder nicht. Für den Fall seines Sturzes fragt sich jeder, was danach werden soll? Bisher ist noch von keiner Partei ein Vertrauens- oder Mißtrauensantrag eingelaufen. Die Sozialdemokraten haben nur einen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes verlangt. Für ein sozialdemokratisches Mißtrauensvotum werden nicht die Deutschnationalen, für ein deutschnationales nicht die Sozialdemokraten stimmen, wenn die Anträge motiviert sind. Manche vermuten, daß die Kommunisten einen Antrag ohne jede Motivierung vorlegen werden, und daß dann unter Umständen die Rechte eventuell auch die Sozialdemokratie mit dafür stimmen werden.

Die Deutschnationalen bereiten sich darauf vor, daß unter Umständen jetzt das Kabinett Stresemann noch nicht fällt. Dies geht unter anderem aus einem Artikel Erich Schwarzers im „Tag" hervor, wo es unter anderem heißt: „Ob Stresemann heute geht oder bleibt — auch das ist nur ein Übergang, ein Übergang zu anderem und zu Neuem. Nur vor dem einen müssen wir uns in dieser Stunde hüten: Daß wir nicht noch einmal zurückfallen in das, was war und in das, was abgetan sein soll." Gemeint ist die Uneinigkeit unter den Nationalgesinnten. „Wir werden eines Tages nur noch das Land mit diktatorischer Vollmacht eines einzelnen Mannes regieren können und müssen. Aber bis dahin solle der Versuch der bürgerlichen Koalition gemacht werden, wenn er gemacht werden kann. Das Bürgertum muß erkennen, wie günstig jetzt seine Position ist. Das Bürgertum muß erzogen werden zu einheitlichem Denken und Handeln."

Ein neues Projekt: Reichskanzler Hieber.

In den Mittag- und Nachmittagstunden des Mittwoch wurde in Berlin bekannt, daß vorläufig in inoffizieller Form bei der demokratischen Fraktion der Vorschlag aufgetaucht ist, mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten in Verhandlungen über die Bildung einer Koalition aus diesen drei Fraktionen einzutreten und an die Spitze dieses Kabinetts den württembergischen Staatspräsidenten Dr. Hieber zu stellen, der angeblich gute Beziehungen zu den maßgebenden Politikern in Bayern unterhalten soll und in demokratischen Kreisen als über den Parteien stehend angesehen wird.

Blutige Separatistenkämpfe am Rhein.

Im Siebengebirge kam es zu Kämpfen zwischen Separatisten und ihren Gegnern. Es wurden 8 Personen getötet und 60 verwundet.

In Aegidienberg bei Königswinter wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Separatisten und der Bürgerwehr 14 Separatisten getötet.

Nach der „Kölnischen Zeitung" wurden in Trier die Separatisten entwaffnet und aus den Gebäuden, die sie besetzt hatten, entfernt.

Nach den letzten Meldungen waren die Kämpfe der Bevölkerung im Siebengebirge gegen die Separatisten sehr blutig. Bei der Stadt Honnef und in den Wäldern des Siebengebirges wurden im ganzen siebzig Sonderbündler getötet. Die Bevölkerung ist im Selbstschutz organisiert, in dem alle Parteien, von den Kommunisten bis zur äußersten Rechten vereinigt sind.

Auch aus Mainz werden blutige Separatistenkämpfe gemeldet.

Mazedonische Rache.

Unter großem allgemeinem Interesse fand in Prag der Prozeß gegen den Mörder des ehemaligen bulgarischen Gesandten in Prag, Daskalow, den 22jährigen Studenten Atharnas Nicolow, statt. Die Anklage lautete auf Meuchelmord. Die Vorgeschichte des Prozesses ist folgende:

Am 26. August d. Js. wurde Daskalow, der sich nach dem Sturze der Stambulinski-Regierung, deren stärkste Stütze er neben Stambulinski war, in Prag aufhielt, auf offener Straße in einer Prager Vorstadt erschossen. Der Täter gehörte, wie er bei seinem Verhör angab, einer mazedonischen Organisation an, deren Ziel es ist, die serbische Oberherrschaft abzuschütteln. Er studierte anfangs in Mazedonien. Als Mazedonien zu Serbien kam, floh er nach Bulgarien, wo er mit dem Führer der mazedonischen Bandenbewegung, Theodor Alexandrow, bekannt wurde.

In einer Versammlung, die Mitte Mai auf serbischem Gebiet bei Skoplje stattfand, wurden Daskalow und drei andere Mitglieder der Stambulinski-Regierung wegen ihrer Serbenfreundlichkeit im allgemeinen und wegen der Unterzeichnung des Nischer Vertrages im besonderen von der Organisation zum Tode verurteilt. Bei Daskalow kam noch als erschwerender Umstand hinzu, daß er angeblich viele Mazedonier ermorden ließ und die mazedonische Regierung ausrotten wollte. Nicolow wurde dazu bestimmt, Daskalow zu ermorden. Er bat, wie er angibt, einen anderen mit dieser Aufgabe zu betrauen, da er nicht tschechisch verstehe und mit den Verhältnissen in Prag nicht vertraut sei. Es wurde ihm aber von der Organisation gedroht, er werde binnen 24 Stunden selbst erschossen, falls er den Auftrag ablehne. Der Angeklagte sagte: „Was sollte ich tun? Hier wie dort wartete auf mich der Tod. Hier konnte ich doch unter Umständen noch herauskommen.: In Prag beobachtete er Daskalow lange, bis er herausgefunden hatte, wo er wohnte. Am Tage der Tat traf er Daskalow knapp vor seiner Villa in Begleitung zweier Freunde und eines Detektivs. Er gab drei Schüsse ab, denen Daskalow erlag. Als Daskalow auf der Erde lag, rief er dem Sterbenden noch zu: „Hier gibt es keine Hilfe mehr, Du mußt sterben, weil in Mazedonien tausend Mütter weinen, deren Väter und Söhne Du morden ließest."

In den Morgenstunden des Mittwoch wurde das Urteil im Prozeß gegen den Studenten Nicolow gefällt. Der Angeklagte wurde freigesprochen und nur wegen unberechtigten Waffentragens zu 48 Stunden Arrest verurteilt. Außerdem wurde dem Antrage des Staatsanwalts auf Ausweisung aus der Tschechoslowakei stattgegeben.

Reichsbankpräsident Havenstein †.

Der Präsident der Deutschen Reichsbank Rudolf Havenstein ist am Dienstag morgen im Alter von 66 Jahren unerwartet gestorben.

Havenstein wurde am 1. Mai 1908 der Nachfolger Richard Kochs. Er forderte energisch die Goldeinfuhr, so daß am 23. April 1913 der Ausweis der Reichsbank die erste volle Goldmilliarde brachte, während bei seinem Amtsantritt nur 785,2 Millionen Mark Gold vorhanden waren. Im Kriege bewährte sich seine Politik, so daß Deutschland den Krieg finanziell günstig durchhalten konnte.

In der Nachkriegszeit scheint seine geistige Anpassungsfähigkeit an die neuen Verhältnisse nicht genügend gewesen sein, denn es glückte ihm nichts mehr. Die Inflation der Papiermark konnte nicht eingedämmt werden. Immer größer wurde die Zahl jener Fachleute, die auf die völlig verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsbank hinwiesen. Havenstein blieb trotzdem im Amt, so oft auch die Bemühungen selbst der höchsten Regierungskreise einsetzten, ihn zum Rücktritt zu bewegen. Jetzt hat der Tod den Widerstrebenden vom Amte gerufen.

Sein Nachfolger wird Dr. Hjalmar Schacht, zurzeit Währungskommissar, der schon seit einiger Zeit für den Posten des Reichsbankpräsidenten ausersehen war.

Metallpfennige.

In Deutschland werden Metallmünzen zu 1, 2, 5, 10 und 50 Renten-Pfennigen ausgegeben. Die Münzen sind aus Kupfer, Zink und Aluminium und tragen auf der einen Seite die Aufschrift: Deutsches Reich, auf der anderen die entsprechende Ziffer und die Bezeichnung: Rentenpfennig".

Währungskredite für Deutschland?

Die Reichsregierung steht, wie der „Börsen-Kurier" von zuverlässiger Seite erfährt, vor dem Abschluß von Kreditverhandlungen, die durch Vermittlung einer bekannten Berliner Bank mit Finanzkonsortien in England, Amerika und Holland geführt werden. Die Gesamtsumme dieser sogenannten Währungskredite, die die ausländischen Geldgeber Deutschland zur Verfügung stellen wollen, beläuft sich auf mehr als den Friedensstand des Reichsbankgoldes. Man nennt einen Betrag von 1,4 Milliarden Goldmark. Auf den amerikanischen Kredit würde eine Summe von rund 173 Millionen Dollar fallen, der Deutschland zum Ankauf von Lebensmitteln in den Vereinigten Staaten gewährt werden soll. Die Verhandlungen sollen vor dem Abschluß stehen.

Eine Meldung der „Morning Post" aus Washington erklärt, daß das amerikanische Schatzamt nicht daran denke, Deutschland eine Anleihe zu gewähren. Es handle sich um ein fingiertes Projekt. Es würden höchstens Privatbanken in Frage kommen, aber das amerikanische Publikum habe bereits genug Geld verloren infolge des Falles der deutschen Mark.

(Die „Morning Post" übersieht, daß eine amerikanische Anleihe unzweifelhaft die Mark stabilisieren müßte und damit die Verluste der Amerikaner, die in deutscher Mark spekuliert haben, ausgleichen würde.)

Deutsche Sachverständige in Paris.

Wie W. T. B. meldet, werden Vertreter der deutschen Regierung am Freitag, dem 23. November, in Paris die in der deutschen Note vom 24. Oktober in Aussicht gestellten Erklärungen über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage abgeben.

General Degoutte verbietet Arbeiterentlassungen.

General Degoutte gibt durch Extrablatt folgende Spezialverfügung Nr. 83 bekannt:

Der kommandierende General hat verordnet:

Art. 1. Die Gesamtentlassungen der Angestellten und Arbeiter eines bestimmten Unternehmens sind verboten.

Art. 2. Die teilweisen Entlassungen der Angestellten und Arbeiter eines bestimmten Unternehmens sind verboten, wenn sie die Folge eines Beschlusses einer Arbeitgebervereinigung sind, welche die verschiedenen Unternehmen derselben Industriebranche zusammenfaßt.

Art. 3. Die Leiter der Unternehmen, die diesen Bestimmungen zuwiderhandeln, sowie diejenige Person, die zu diesem Zwecke Befehle erteilt, hat eine Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren und eine Geldstrafe bis zu 100 000 Goldmark oder eine dieser Strafen zu gewärtigen. Die Bevollmächtigten der im Art. 2 erwähnten Arbeitgeber-Vereinigung haben dieselben Strafen zu gewärtigen, wenn sie die in Art. 1 und 2 erwähnten Gesamt- oder Teilentlassungen befohlen haben.

Art. 4. Vorliegende Verordnung betrifft nur die Unternehmen, welche mehr als 500 Arbeiter und Angestellte beschäftigen.

Art. 5. Vorliegende Verordnung tritt sofort in Kraft.

(Diese Verfügung, die sich den Anschein gibt, als sei sie im Interesse der Arbeitslosen gegeben, soll in Wahrheit ein vernichtender Schlag gegen die Industrie des Ruhrgebietes sein. Wenn kein Geld da ist, wie sollen die Industriellen ihre Arbeiter bezahlen? Diese Verordnung ist ein Racheakt dafür, daß Stinnes und die anderen Industrieführer es abgelehnt haben, den Wert ihrer Kohlenlieferungen an Frankreich nicht auf Reparationskonto, sondern auf ein Konto „andere Verpflichtungen" eintragen, d. h. zur Bezahlung der Kosten des Ruhrunternehmens verwenden zu lassen.)

Sowjetrußland.

Kommunistische Niederlage bei den Moskauer Dorfsowjetwahlen.

Die jetzt in ganz Rußland vor sich gehenden Neuwahlen der Sowjets haben, soweit die Dörfer in Betracht kommen, den Kommunisten sogar im Moskauer Gouvernement eine völlige Niederlage gebracht. Bisher wurden die Sowjets in 1638 Dorfkommunen neugewählt; dabei erwiesen sich von 6724 Gewählten nur 376 als Kommunisten, 6140 bezeichnen sich als Parteilose. Doch ist bei dem sowjetistischen Wahlverfahren nicht daran zu zweifeln, daß bei den Wahlen in die Sowjets höherer Ordnung, die Gouvernementssowjets usw., unter den Gewählten die Kommunisten in einem weit höheren Prozentsatz in Erscheinung treten werden.

Eine Erkrankung Trotzkis.

Die sowjetrussischen Blätter melden eine Erkrankung Trotzkis, ohne jedoch nähere Angaben zu machen. Schon seit einiger Zeit waren Gerüchte im Umlauf, die von einem Krebsleiden wissen wollten, aber aus sowjetamtlichen Quellen anfangs in vollem Umfange als Erfindung bezeichnet wurden. Zuletzt war es besonders aufgefallen, daß Trotzki bei der Jahresfeier der bolschewistischen Revolution den Festlichkeiten fernbleiben und sich bei der Parade der Roten Armee von Kamenew vertreten lassen mußte.

Heute nacht entschlief nach langem Leiden im Alter von 72 Jahren mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, der

Landwirt Carl Schulz

Im Namen der Hinterbliebenen

Helene Schulz

geb. Zimmermann.

Danischyn, den 21. November 1923.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 24. d. Mts. um 1 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 23. November, abends 3¾ Uhr.
Sonnabend, morg. 7½ Uhr
vorm. 10 Uhr
nachm. 4 Uhr Mincha mit Jugendandacht u. Predigt.
Sabbatausgang abends 4 U. 38 Min.

Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends 4 Uhr.
Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.

Synagoge B
Ulica Dominikańska.
(Israel. Brüdergemeinde).
Freitag, 23. November, abends 5 Uhr.
Sonnabend, 24. November vorm. 10 Uhr.



Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 22. 11., um 7½ Uhr: **„Die toten Augen"**, Oper in 2 Akten und 1 Prolog von Eugen d'Albert.

Freitag, den 23. 11., um 7½ Uhr: **„Fra Diavolo"**, Komische Oper in 3 Akten von Auber.

Sonnabend, den 24. 11., um 7½ Uhr: **II. Abend der „Tanzkunst"** (Premiere): „Karneval" von Rob. Schumann, „Der Nachmittag des Fauen" von Debussy, „Die Steppe" von Z. Noskowski.

Sonntag, den 25. 11., um 3 Uhr: **„Halka"**, Oper 4 Akten von Stan. Moniuszko. (Ermäßigte Preise.)

Sonntag, den 25. 11., um 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana"**, Oper in 1 Akt von Mascagni und **„Bajazzo"**, Oper in 2 Akten von Leoncavallo.

Am 21. d. Mts. entschlief sanft nach langem, sehr schweren mit großer Geduld ertragenen Leiden, meine gute, brave Lebensgefährtin, nachdem sie fast 36 Jahre hindurch Freud u. Leid mit mir geteilt hat; — unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante (4128

Ida Brachmann

geb. Rüger

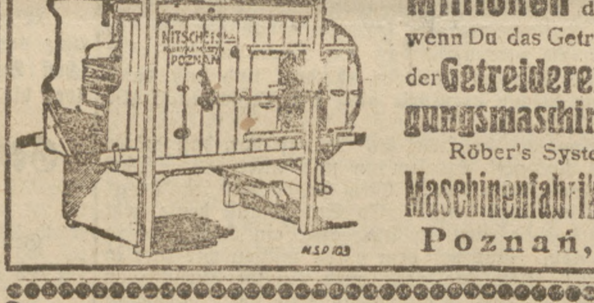
im vollendeten 62. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bitten

im Namen der Hinterbliebenen

Emil Brachmann u. Kinder.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 24. d. Mts., nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des neuen Paulikirchhofes ulica Grunwaldzka aus statt.



Zur gefällig. Beachtung!

Des hohen Portos wegen können wir **Anfragen** an **unsere Zeitung, Buchdruckerei** oder **Versand-Buchhandlung** nicht mehr beantworten, falls **nicht** gleichzeitig die **Portogebühr** für die Antwort beigelegt wird.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., Posener Tageblatt. — Versand-Buchhandlung.

Ausschneiden! — Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in ____________

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)
für den **Monat Dezember 1923**

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Dame, alleinst., eigene Wohnung, Vermögen, musikalisch wünscht Bekanntschaft zwecks

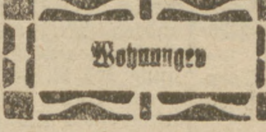
Heirat.

Off. unter **4129** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Privatbeamter vom Lande, Anfang 30., evgl., Musikfreund, sucht passende hübsche Dame, auch junge Witwe, mit besserer Aussteuer, zwecks

Heirat.

Gefl. Off. mit Bild unt. **A. 4116** a. d. Geschft. d. Bl. erb.



Junge Dame in leitender Stellung sucht per 1. Dezember oder später gut **möbliertes Zimmer** in der Oberstadt. Preis Nebensache. Gefl. Off. u. **4105** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junges, kinderloses Ehepaar sucht

2 Zimmer

bei kleiner Familie, Mitbenutzung der Küche erwünscht. Sämtliche Bedingungen werden angenommen. Eventl. einer Person gänzlich Lebensunterhalt gewährt. Offerten bitte an **„Par", ulica 27. Grudnia 18,** unter **Nr. 60,462** zu richten.

Zygmunt Lisicki

der hervorragende Pianist

tritt in Poznań noch **ein einziges Mal auf**

am Sonnabend, d. 24. November 1923

im Evangelischen Vereinshause.

Billettverkauf in der Zigarrenhandlung Górski, Hotel Monopol.

Die diesjährige ordentliche

General-Versammlung

der Obornifer Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft Spółka zap. z ogr. odp. zu Rogoźno findet am

Freitag, dem 7. Dezember, vormittags 11 Uhr in Droese's Hotel zu Rogoźno

statt, und werden die Herren Genossen hierdurch ergebenst eingeladen.

Zahlreiche Beteiligung ist sehr erwünscht.

Die Jahresrechnung und Bilanz liegt im Geschäftslokal zur Einsicht aus.

Tagesordnung.

1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr, Vorlegung der Jahresrechnung und Bilanz, Mitteilung des Revisionsberichtes, Entlastung des Vorstandes, Verteilung des Reingewinns.
2. Statutenänderung § 42 betreffend Ermäßigung der Umsatzsteuer.
3. Neuwahl von 2 Mitgliedern des Aufsichtsrates und 2 Mitgliedern des Vorstandes.
   Es scheiden aus: vom Aufsichtsrat:
   Herr Gutsbesitzer Jeske, Starczanowo,
   „ Rittmeister v. Winterfeldt, Przependowo,
   vom Vorstande:
   Herr Rittergutspächter v. Saenger, Łukowo,
   „ Gutsbesitzer Busse, Kowanowo.
4. Geschäftliche Besprechungen.

Rogoźno, den 20. November 1923.

Der Vorstand

v. Saenger. — Ristow.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 22. November.

Stadtverordnetensitzung.

Eingangs der gestrigen Sitzung, die etwas später als sonst begann wurde ein eingelaufener Bauprotest an den zuständigen Dezernenten zur Prüfung überwiesen. Außerhalb der Beratung der Tagesordnung fragte Stadtv. Dr. Stark den Magistrat in einer Angelegenheit an, die ein Nachspiel zum letzten Eisenbahnerausstand darstellte.

Der Interpellant wandte sich zunächst gegen die zahlreichen Entlassungen bei der Eisenbahn und kam dann auf einen Fall zu sprechen, der die vorbehaltliche Diensteinstellung und bald darauf folgende Entlassung eines früheren Eisenbahnangestellten betraf, der bei der Gasanstalt Stellung gesucht hatte und angeblich wegen Teilnahme am Streik abgewiesen wurde. Da der zuständige Dezernent nicht anwesend war, versprach der Stadtpräsident eine Nachprüfung der ihm unbekannten Angelegenheit.

Im Verlauf der Beratung der Tagesordnung wurden

die Löhne der städtischen Arbeiter und Handwerker

mit Gültigkeit vom 16. d. Mts. um 46,35 Prozent erhöht.

Ueber die Angelegenheit der

Aenderung von Straßennamen

wurde vom Stadtv. Leitgeber eingehend berichtet. Von den verschiedenen Vorschlägen wurden folgende zum Beschluß erhoben: Die frühere Walderseestraße soll den Namen ul. Cicha erhalten. Ein anderer Vorschlag lautete auf ul. Łyżwiarska. Die Bezeichnung ul. Wyspiańskiego (fr. Hardenbergstr.) soll entgegen dem Projekt des Magistrats weiterhin für Straße und Platz gelten. Die Straße am Auslauf von Warthe, an der teils die Dembsener Gemeinde, teils der Magistrat der Stadt Posen interessiert sind, wird den Namen ul. Wspólna führen. Was die Straße Grudzieniec (fr. Ziegelstr.) betrifft, so wurde die Entscheidung über die Zuteilung dieser Straße vertagt.

Der im Anschluß an die

Erhöhung der Elektrizitätspreise

beantragte Mehrbelastung der Banken um 50 v. H. rief die Gegnerschaft der einschlägigen Vertreter hervor. Es sprach gegen die Sondererhöhung besonders Stadtv. Buggel von den Christlichen Demokraten, der von den Rechtsvertretern unterstützt wurde, während Vertreter der Linken für den Magistratsantrag eintraten. Stadtv. Buggel stellte geringen Prozentverbrauch an Elektrizität durch die Banken fest und wies auf die Schädigung der Wirtschaftsverhältnisse durch die Mehrbelastung der Banken hin. Stadtv. Sieradzki sagte, daß die ärmere Bevölkerung vor den vielen Banken einen Abscheu hätte, und daß doch die Banken vermögend genug seien, um noch die 50 Prozent zahlen zu können.

Die 50prozentige Mehrbelastung wurde durch Abstimmungsmehrheit beschlossen, so daß also neben den Kinos, Hotels und dergl. nunmehr auch die Banken als Sondereinnahmequellen getreten sind. Die allgemein geltenden neuen Preise sind: 140 000 M. für Licht, 86 000 M. für Kraft die Kilowattstunde vom Beschlußtage.

Bei der Abstimmung war die Tatsache bemerkenswert, daß Stadtv. Buggel von seinen eigenen Parteikollegen fast ganz im Stich gelassen wurde, während andererseits die Linke von Vertretern der Rechten unterstützt wurde.

Ein Fluchtlinienplan.

Zum Schluß der Sitzung kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Stadtv. Ballenstedt und Budzyński, deren Rivalität auf dem Gebiete des Bauwesens schon seit längerer Zeit datiert.

Stadtv. Budzyński, der die Magistratsvorlage vertrat, gab der Aussprache zuweilen einen humoristischen Anstrich.

Stadtv. Ballenstedt knüpfte an die vom Stadtpräsidenten bei seiner Einführung gesprochenen Worte, er wolle die Stadt Posen ausbauen, an, und äußerte das Verlangen, der Stadtpräsident möge die für die Ausführung der Fluchtlinien erforderlichen Arbeiten geeigneten Leuten anvertrauen. Punkt für Punkt suchte er die Berechtigung der seinem Projekt angehängten Bemängelungen zu entkräften und stützte sich dabei auf wissenschaftliches Material. Seine Ausführungen vermochten die Mehrzahl der Stadtverordneten zu überzeugen, so daß die Magistratsvorlage abgelehnt wurde und das Projekt des Stadtv. Ballenstedt Annahme fand. Die Vorlage betraf die Bestätigung eines Fluchtlinienplanes für die ul. Konopnickiej (früher Goethestr.) und die Straßen am früheren Trainfahrplatz.

Die neuen Posttarifsätze.

Der neue Posttarif, der am 1. Dezember in Kraft treten wird, sieht u. a. nachstehende neue Gebühren vor: Ein gewöhnlicher Inlandsbrief bis zu 20 Gramm 25 000 Mk., Postkarten 15 000 Mk., Drucksachen bis zu 25 Gr. 2500 Mk., Blindendrucke 250 Mk. für jede 500 Gramm, Warenproben bis zu 100 Gramm 15 000 Mk., Pakete bis zu 1 Kgr. 40 000, bis zu 5 Kgr. 160 000, bis zu 20 Kgr. 640 000 Mk., Einschreibgebühr 25 000 Mk. Reklamationen 25 000 Mk., Eilbotenzustellung 100 000 Mk.; ein Auslandsbrief 50 000 Mk., eine Karte 30 000 Mk., Drucksachen für jede 50 Gramm 10 000 Mk. Der Telegraphentarif wird um 100 Prozent erhöht, das Wort 20 000 Mk., der Fernsprechtarif durchschnittlich um 150 Prozent.

1300000000 Mark

kostet jetzt ein Waggon Zeitungspapier (10 000 Kilo) gegen 206 Millionen am 1. Oktober. Welche „Ueberraschungen" der Dezember bringen wird, steht dahin. Der Zeitungsleser kann daraus ersehen, mit welchen ungeheuren Schwierigkeiten die Herausgeber von Zeitungen kämpfen und welche gewaltigen Verluste sie tragen müssen. Der Bezugspreis des „Posener Tageblattes" für November hätte, wenn er der Wirklichkeit einigermaßen näher kommen sollte, mindestens 500 000 Mark betragen müssen. Wir hatten, in Unkenntnis des Kommenden, ihn auf 105 000 Mark festgesetzt. Wenn wir jetzt, durch die Not gezwungen, an unsere Leser mit der Bitte herantreten, das Abonnement freiwillig nur um 100 Prozent zu erhöhen, so hoffen wir auf das Entgegenkommen aller Einsichtigen. In der Stadt lassen wir die Nachzahlung durch unsere Boten einziehen. Die Post hat mit der Nachzahlung nichts zu tun; deshalb bitten wir unsere Postabonnenten, den Betrag uns schnellstens und auf den ihnen am geeignetsten erscheinenden Wege zukommen zu lassen. Unsere Postschecknummer ist 200 283.

Verlag des „Posener Tageblattes".

Zwei Obdachlose verbrannt.

Heut nacht hat sich zwischen Kommenderie und Rataj ein Brandunglück abgespielt, das die sozialen Nöte der Zeit grell beleuchtet. Die Zahl der Arbeits- und Obdachlosen wächst mit der zunehmenden Teuerung von Tag zu Tag in erschreckendem Maße. Viele von ihnen pflegen, da sie sonst keine Unterkunft haben, sich mit Anbruch der Nacht aus dem Stadtinnern heraus in die Nachbarschaft zurückzuziehen, um in den im Freien stehenden Strohschobern zu nächtigen. Da die Polizei an dem einen und dem anderen aus diesem oder jenem Grunde ein lebhaftes Interesse haben muß, veranstaltet sie abends und nachts Polizeistreifen. Während einer solchen, die von Beamten des ersten Polizeireviers gestern abend vorgenommen wurde, beobachtete man, daß ein Strohschober plötzlich zu brennen anfing. Ehe Löschhilfe herbeigerufen werden konnte, stand der Schober über und über in Flammen. Von den darin nächtigenden Abdachlosen wurden in Flammen. Von den darin nächtigenden Obdachlosen wurden konnte, als völlig verkohlte Leichen vorgefunden. Drei andere, die schwere Brandwunden davongetragen hatten, wurden dem Stadtkrankenhause zugeführt. Vierzehn Obdachlose, die in dem Schober bzw. im Nachbarschober genächtigt hatten, mußten den Weg zur Polizei antreten.

Einreisegenehmigung für Ausländer. Das Arbeitsministerium hatte mit Vertretern anderer Ministerien eine Konferenz in Sachen der Einreisegenehmigung für Ausländer, die zu Verdienstzwecken nach Polen kommen wollen. Es wurde beschlossen, an alle Wojewoden neue Instruktionen für das Erteilen von Einreise-Visen für Ausländer zu entsenden

Militärisches. Die Reservisten des Jahrgangs 1898, die unlängst zu einer Uebung einberufen worden waren, sind zum größten Teil bereits wieder entlassen worden. Die noch im Dienst befindlichen werden, nach dem „Przegl. Wiecz.", etappenweise entlassen mit Ausnahme einiger Kategorien, die augenscheinlich zur Ausbildung der neu eingezogenen Rekruten noch einige Zeit unter den Waffen gehalten werden sollen.

Stempelfreiheit der vorschriftsmäßigen Lehrzeugnisse. Die hiesige Handwerkskammer gibt auf zahlreiche Anfragen hin bekannt, daß Lehrzeugnisse, die von den Meistern auf vorschriftsmäßigen Formularen ausgestellt werden, frei von Stempelgebühren sind.

X **Maßnahmen gegen das Schiebertum.** In der Wojewodschaft Lemberg sind Höchstpreise eingeführt worden für Brennmaterial, Gebäck, Molkereiprodukte, Zucker, Fleisch usw.

X **Abermalige Erhöhung des Gaspreises.** Den Gaspreis hat der Magistrat in seiner Sitzung vom 20. d. Mts. mit sofortiger Gültigkeit auf 60 000 Mk. für das Kubikmeter erhöht.

Ignacy Dyzas, der Warschauer Heldentenor, singt heute Donnerstag in der Universitätsaula. Außer ihm wirkt in dem Konzert die hiesige Opernsängerin Alexandra Szafrańska mit, die u. a. Lieder von Schubert und Schumann singen wird.

Auf und davon. Ein hiesiger Kaufmann übergab einem Arbeiter 30½ Meter Stoff im Werte von 120 Millionen Mark, um ihn zu einem anderen Kaufmann in der Judenstraße zu bringen. Der Beauftragte scheint aber die Adresse des Empfängers verloren zu haben, jedenfalls hat er sich dort nicht sehen lassen, ist aber bisher auch noch nicht zu seinem Auftraggeber zurückgekehrt.

X **Große Diebstähle.** Dem Landwirt Stanislaus Kasprzak der Gegend von Obornik, der gestern mit seinem Fuhrwerk vor dem Hotel de Saxe in der ul. Wrocławska (fr. Breslauer Str.) hielt, wurden aus seinem Wagensitz 300 Millionen Mk. gestohlen. Ferner wurden gestohlen: vom Grundstück ul. Piaskowa 6/7 (fr. Sandstr.) ein vierrädriger Handwagen im Werte von 25 Mill. Mk.; aus dem Bäckerladen in der ul. Wroniecka 11 (fr. Wronker Str.) 100 Päckchen Pfefferkuchen, ein dunkler Rock, ein getrenntes aschgraues Kleid im Gesamtwerte von 20 Millionen Mk.; aus einer Wohnung St. Martinstr. 32 für 5 Millionen Mk. Damenwäsche; einem katholischen Geistlichen in Komornik Wäschestücke und Herrenkleidung in größeren Mengen; aus einem Pferdestall in der ul. Kolejowa 32 (fr. Bahnstr.) ein Pferdegeschirr mit Nickelbeschlag im Werte von 40 Millionen Mk.; einer Frau am Milchhäuschen des Jersitzer Marktes eine Geldtasche mit 500 000 Mk. und verschiedenen Ausweispapieren; beim Transport vom Bahnhofe nach dem Plac Nowomiejski (fr. Königsplatz) vier Sack Kaffee und ein Sack Pfeffer im Werte von 300 Millionen Mk.; aus der Feldstr. 1 ein Waschkessel, 4 Kartoffelsäcke, 3 Liter Petroleum im Werte von 5 Millionen Mk.; vom Wäscheboden des Hauses ul. Gen. Kosińskiego Nr. 9 (fr. Blücherstr.) für 200 Millionen Mk. Wäsche.

X **Ein ganzes Reh gestohlen** wurde Dienstag nachmittag gegen 5 Uhr vor einem bekannten Delikateßwarengeschäft in der ul. Gwarna (fr. Viktoriastr.). Die Spitzbuben hatten mit Kennerblick unter 6 ausgelegten Rehen das beste ausgesucht.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 25 Dirnen, 6 Betrunkene, 10 Personen wegen Diebstahls, 16 Obdachlose, 3 Bettler, 1 Hehler, 1 Person wegen Führung falscher Papiere. Ferner wurde von der Bahnhofspolizei ein gewisser Wladislaus Pappta wegen unberechtigter Ueberschreitung der deutsch-polnischen Grenze festgenommen.

* **Berent**, 21. November. Die hiesige Bäckerinnung hat 140 Brote für die Armen gespendet. Nachahmenswert!

* **Konitz** 21. November. Ausgewiesen wurde der Obst- und Gemüsehändler Fritz Klatt (Reichsdeutscher) mit einer Frist von vier Wochen.

□ **Krotoschin**, 21. November. Unsere evangelische Gemeinde begeht am Totenfest die Einweihungsfeier der Gedenktafeln für ihre im Weltkriege gefallenen Söhne.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	22. November	20. November
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	100 000	110 000
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	135 000-170 000	180 000-160 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	300 000-320 000	320 000-325 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	110 000—95 000	130 000-100 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	32 000—35 000	32 000—35 000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	5000	5500
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em. (exkl. Kup.)	110 000	110 000
R. Barcikowski I.—VI. Em.	29 000—26 000	28 000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	—.—	230 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	54 000—60 000	60 000—50 000 —52 500
Centrala Rolników I.—VII. Em.	10 000	10 000—11 000
Centrala Skór I.—V. Em.	140 000-150 000	180 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em.	3 200 000	—,—
Dębienko I.—IV. Em.	100 000	—,—
Galwana	23 000	—,—
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	—.—	55 000
C. Hartwig I.—VI. Em. ohne Kup.	37 500-40 000	40 000-35 000
Hartwig Kantorowicz I. Em. o. Kup.	280 000	—,—
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	—,—	8 000
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	5 500	6 000
Hurtownia Skór I.—III. Em.	35 000	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Kup.	370 000-375 000	375 000-350 000 —365 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	25 000—23 000	—,—
Iskra I.—III. Em.	120 000	120 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	5 300 000	5 500 000
Len w Toruniu	150 000	75 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	2 600 000	2 800 000
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	90 000	—,—
Młynotwórnia I.—V. Em.	70 000	75 000—70 000
Orient I.—II. Em.	—,—	15 000
S. Pendowski I.—III. Em.	—,—	5 000—50 000
Płótno I.—II. Em.	80 000	80 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	38 000—36 000	38 000—33 000 —35 000
Patria I.—VIII. Em.	40 000—38 000	40 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	105 000-110 000	120 000—95 000 —100 000
Pneumatik I.—III. Em.	8000—6000	8000
Sarmatia I.—II. Em.	70 000—75 000	—,—
Starogradzka Fabr. Mebli I.-II. Em. exkl. Kup.	32 000—35 000	32 000
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	10 000—6 000	10 000
Tkanina I.—IV. Em.	40 000	45 000
Tri I.—III. Em.	50 000	50 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em. ohne Kup.	500 000-525 000	500 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	1 100 000	1100000-1200000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em. ohne Bezugsrecht	16 000—17 000	16 000—15 000
Wyroby Ceramiczne I.-II. Em.	200 000	—,—
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	80 000—90 000	90 000—85 000

Tendenz: nicht einheitlich.

Handel und Wirtschaft.

Industrie.

⊙ **Die Ausfuhr polnischer Maschinen ist zurzeit sehr gering.** Dem „Kurj. Por." zufolge halten die hohen Preise der polnischen Maschinen den Wettbewerb der deutschen und tschechischen Maschinenindustrie nicht aus. Im Inlande ist ihr Absatz nur dank der Hochschutzzölle möglich. Zurzeit besteht auch auf dem Inlandsmarkt keine Überproduktion, da der Landesbedarf gedeckt ist. Lediglich Rußland kommt als Ausfuhrland in Frage.

Von den Aktiengesellschaften.

Eine Danziger Neugründung. Mit einem vorläufigen, voll eingezahlten Aktienkapital von 240 000 Danziger Gulden wurde am 6. November 1923 die „Danziger Handels-Sozietät Aktiengesellschaft" gegründet. Gründer dieses Unternehmens sind die bekannten Firmen: die Königsberger Schälmühle S. Winter in Königsberg i. Pr., der Hildebrandt-Konzern in Hamburg und der Industrielle F. Bankier aus Warschau, der Besitzer der Warschauer Dampfmühle „Mlyn Parowy" und der „Portland-Zementfabrik Ogrodzniec Aktiengesellschaft". Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, in großem Stil den Handel mit Getreide, Hülsenfrüchten und Mühlenprodukten, sowie allen Lebens- und Futtermitteln, ferner mit industriellen Erzeugnissen jeder Art zu betreiben.

Von den Märkten.

Edelmetalle. Warschau, 20. November. (Im freiem Verkehr 1 Gramm fein in 1000 Mkp.) Goldrubel 1500, Silberrubel 840, Gold 1800.

Metalle. Neuyork, 19. November. Elektrolitkupfer 13.25, Zinn 43.—, Blei 6.92, Zink 6.37, Roheisen 20.50, Weißblech 5.50.

Baumaterial. Warschau, 20. November. (Pro Stück franko Verladestation.) Dachsteine 41 100, Dachreiter 21 000, gewöhnliche Ziegel 10 000, Maschinenziegel 11 000, Majolikakachel 60 000, gewöhnliche 40 000.

Deutscher Metallmarktbericht vom 12. bis 17. November. Mitgeteilt von der Metall- und Rohstoff-Gesellschaft m. b. H., Berlin. Der Londoner Kupfermarkt zeigte Anfang der vergangenen Woche noch ein festes Aussehen doch bröckelten die Kurse am Schluß der Woche um etwa 2 Pfd. Sterl. ab. Der Schlußkurs am Freitag betrug für Kupfer etwa 61/3/8 Pfd. Sterl. Zinn und Zink sind dagegen sehr fest, ersteres erreichte Anfang der vorigen Woche einen Kurs von etwa 220 Pfd. Sterl. für prompte und spätere Lieferung und Zink etwa 33 Pfd. Sterl. Blei gab etwas nach und stellte sich der Kurs für prompte Lieferung auf 30/5/8 Pfd. Sterl., für Lieferware auf etwa 28 Pfd. Sterl. In der vergangenen Woche war das Geschäft am deutschen Metallmarkt wieder außerordentlich ruhig; offizielle Notierungen fanden infolge der weiteren künstlichen Niederhaltung der Devisen wiederum nicht statt. Der Konsum ist zurzeit sehr schlecht beschäftigt und kauft nur das Allernötigste. Es ist zu wünschen, daß die jetzt herauskommende Rentenmark alsbald dem Verkehr zugänglich gemacht wird, und daß es dann auch möglich sein wird, wieder offizielle Preise für Metalle zu notieren.

Altmetallpreise vom 20. November. Mitgeteilt von der Metall- und Rohstoffgesellschaft m. b. H., Berlin. Es wurden notiert in Milliarden Mk. deutsch je Kilogramm, tiegelrecht verpackt in geschlossenen Quantitäten, bei kleineren Posten entsprechender Ab- bzw. Zuschlag: Altkupfer 750—800, Altrotguß 500—550, Messingspäne 375—400, Gußmessing 400—450, Messingabfälle 600—625, Altzink 300—325, Neue Zinkabfälle —, Altweichblei 320—350, Alum.-Blechabfälle 1000—1300, Lötzinn —.

Börse.

≑ **Warschauer Börse vom 22. November.** Auf dem Geldmarkt hat sich eine neue schärfere Devisenbewegung bemerkbar gemacht. Alle Auslandsvaluten haben energisch angezogen. Der Dollar notierte offiziell mit 2 400 000 Mk., wird jedoch im freien Handel nicht mehr unter 3 000 000 zu haben sein. Das engl. Pfund wurde mit 10 380 000 offiziell genannt der Schweizer Frank mit 418 100, der Goldfrank mit 462 400. Am Effektenmarkt ist aus diesem Anlaß eine Abschwächung zu erwarten, die nach Meinung in Börsenkreisen nicht lange anhalten wird, sondern sich dann um so stärker auszuwirken neigt. Am Markt der nicht notierten Werte wurden genannt: Pruszków 140, Nitrat 145, Lechita 75, Kauczuk 110, Machlejd 300, Hurt. Aptekarzy 110, Hurt. Opałowa 20, o. Bezgsr., Chybie 6500, Kujawien 45 000, Zbiersk 750, Hurt. Herbaty 130, Zaydler 215, Wiór 70, Spław 75, Mała Wieś 950, Polski Jurotat 75, Kraj 500, Dabrzyniewo 250, Sarniańska Huta Szkła 60, Czempin 80, Zagodzoń 100, Przem. Terpentinowy 210 (I. Em.), 130 (II. Em.). Offizielle Effektenbörse fand am Mittwoch nicht statt.

≑ **Die P. K. K. P.** zahlte am 20. 11. für Goldmünzen (in Klam. Silbermünzen): Rubel 1 107 900 (736 600), **Mark 513 000** (204 600), Krone 436 200 (170 800) lateinische Münzeinheit 415 500 (170 800) Dollar 2 154 000 (984 600). Pfund Sterling 10 481 000 (sh. 214 000) schwedische Krone 577 100, holländischer Gulden 865 700 (386 700), österr. Dukaten 4 926 000 (fl. 454 600) belgische und holländische Dukaten 4 915 000. türkische Pfund 9 447 000. 1 g Feingold 1 431 410 (40 920).

≑ **Die poln. Mark am 20. Nov. Danzig: 2.713 – 2.754** (Parität: 358 750). Auszahlung Warschau 2.494—2 506 (Parität: 400 000) **Wien:** Auszahlung Warschau 260—300 (Parität: 35 675). **Prag:** Auszahlung Warschau 1575—1725 (Parität: 60 600). **Budapest:** 100—130 (Parität: 87.00) **Zürich:** Auszahlung Warschau 0.00025 G. 0 000325 B. (Parität: 400 000 G. 310 000 B.). **London:** Auszahlung Warschau 0.0000125 (Parität: 8 000 000). **Neuyork:** Auszahlung Warschau 0.00005 (Parität: 2 000 000). **Bukarest:** 0.0125 (Parität: 8000). **Tschernowitz:** 0.0100 (Parität: 10 000).

≑ **Ostdevisen in Berlin vom 20. November.** Auszahlung: Bukarest 21 890 000 000 G 22 110 000 000 B., 1 v. H., Kattowitz 2 073 000 G., 2 127 000 B., 1 v. H., Riga 16 870 000 000 G., 17 130 000 000 B. 10 v. H., Reval 11 510 000 000 G. 11 690 000 000 B. Kowno 415 800 000 000 G., 424 200 000 000 B., 10 v. H., Noten: polnische Mark 2 047 000 G., 2 153 000 B. 1 v. H., Litauen 404 985 000 000 G. 407 015 000 000 B., 2 v. H.

≑ **Züricher Börse vom 20. November 1923** (Amtlich). Neuyork 5765 London 24,945, Paris 3105, Wien 0.00875, Prag 16 70, Mailand 24,90 Brüssel 26.50, Ofenpest 0,03 Sofia 4.65, Amsterdam 216.25, Kristiania 83 75, Kopenhagen 96 50, Stockholm 151 25 Madrid 75.—, Bukarest 2,90, Belgrad 6 35. Athen 9.50. Konstantinopel 3 17.

≑ **Wiener Börse vom 20. November.** (Polnische Werte in 1000 Kr.) Die Tendenz hat sich wieder stärker befestigt und zeigt sogar stärker steigenden Charakter. Es notieren: Bank Hipoteczny 163, Bank Małopolski 18.6 Naftzawa 128, Browary 320, Mraznica 155, Teveae 80 Zieleniewski 255.8, Montany 160, Apollo 810 Fanto 3650, Karpaty 425, Galicia 22 800, Polska Nafta 2500 Schodnica 1435, Kolej Północna 10 300, Kolej Lwów—Czerniowce 350, Lumen 63.

≑ **Die Goldmark in Polen,** errechnet aus dem Warschauer Dollarkurs v. 22. 11. 23 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 655 000 Mkp.

≑ Danziger Dollarparität, errechnet aus dem Danziger Guldenkurs für die polnische Mark und den Dollar in Danzig am 22. 11. 23: 1 Dollar in Polen = 2 352 500 (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark in Polen = 560 500 Mkp.

Warschauer Vorbörse vom 22. November.

Deutsche Mark —,—. Dollar 2 400 000—2 750 000. Engl. Pfund 10 600 000. Schweizer Franken 425 000. Französischer Franken 132 000.

Warschauer Börse vom 21. November.

Devisen:

Belgien	109 750	Paris	129 250
Berlin und Danzig	——	Prag	69 000
London	10 400 000—10 380 000	Schweiz	418 100
Neuyork	2 400 000	Wien	33,75
Holland	950 000	Italien	103 250
Goldfrank	462 400	Złotybons	390 000-400 000-350 000

Danziger Mittagskurse vom 22. November.

1 Million poln. Mark	2,50 Gulden
1 Dollar	5,88 „

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 21. November 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	5 300 000—5 500 000	Roggenkleie	2 400 000
Roggen	3 400 000—3 600 000	Hafer	3 000 000—3 200 000
Weizenmehl	9 500 000—10 000 000	Eßkartoffeln	880 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	5 700 000—6 000 000	Fabrikkartoffeln	830 000
Gerste	3 100 000	Roggenstroh, lose	200 000—230 000
Braugerste	3 400 000—3 600 000	„ gepr.	400 000—460 000
Weizenkleie	2 600 000	Heu, lose	300 000—310 000
		„ gepr.	600 000—680 000

Kleine Angebote bei lebhafter Nachfrage. — Tendenz: fest.

Posener Viehmarkt vom 21. November 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: I. Sorte 16 800 000—17 400 000 M., II. Sorte 15 000 000—16 000 000 M., III. Sorte 12 000 000 M. — Kälber: I. Sorte 21 000 000 M., II. Sorte 18 000 000 M., III. Sorte 16 000 000 M.

II. Schafe: I. Sorte 15 000 000 M., II. Sorte 13 000 000 bis 13 800 000 M., III. Sorte 10 000 000—11 000 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 29 000 000—30 000 000 M., II. Sorte 26 000 000—27 000 000 M., II. Sorte 22 000 000—24 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 14 Ochsen, 125 Bullen, 226 Kühe, 175 Kälber, 1220 Schweine, 155 Schafe, 19 Ziegen. — Tendenz: sehr lebhaft.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.